

Meinhold, Helmut

Article — Digitized Version

Sozialpolitik - immer zugleich Konjunkturpolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Meinhold, Helmut (1976) : Sozialpolitik - immer zugleich Konjunkturpolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 6, pp. 293-297

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134958>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

ANALYSEN UND BERICHTE

SOZIALPOLITIK

Sozialpolitik — immer zugleich Konjunkturpolitik

Helmut Meinhold, Frankfurt/Main

An sich stimmen ein Teil der sozialpolitischen Zielsetzung und der Konjunkturpolitik überein. Gegenwärtig scheint jedoch diese Übereinstimmung nicht gegeben zu sein. Sowohl die Liquiditäts- als auch die Vermögensentwicklung der Sozialversicherungsträger bereiten uns konjunkturpolitische Sorgen.

Daß Konjunkturpolitik immer zugleich Sozialpolitik ist — oder, vorsichtiger gesagt, grundlegende soziale Konsequenzen hat —, braucht kaum betont zu werden — ist doch Vollbeschäftigung eine der sozial wichtigsten Forderungen und zugleich eines der zentralen Ziele der Konjunkturpolitik; sind doch z. B. die Renten und Sozialhilfeleistungen mit der weitgehend konjunkturabhängigen Einkommensentwicklung verbunden; werden doch gerade die Rentner von Preissteigerungen regelmäßig noch härter betroffen als andere Einkommensbezieher; usw.

Daß Sozialleistungen und ihre Finanzierung weitgehend konjunkturabhängig sind, wird schon etwas weniger beachtet, ist aber gerade in der jüngsten Zeit recht deutlich geworden. Natürlich bleiben die Einnahmen der Versicherungsträger in konjunkturellen Schwächezeiten, d. h. wenn die Einkommen weniger steigen oder gar sinken, zurück, zumal fast alle Einnahmen mit festem Prozentsatz an Einkommen gebunden sind. Und umgekehrt steigen die meisten Sozialleistungen in konjunkturellen Schwächezeiten, am deutlichsten die Arbeitslosengelder, aber auch (selbst wenn wir von den Besonderheiten zeitlicher Verschiebung bei den Rentenanpassungen absehen) die Renten, u. a. weil ältere Arbeitslose früher Rentner werden, als sie es sonst geworden wären.

Grundsätzliche Übereinstimmung

Damit ist schon ein Grund für das genannt, was hier speziell interessieren soll — daß Sozialpolitik immer zugleich Konjunkturpolitik ist, ob sie will oder nicht. Die Sozialpolitik ist schon ihrer ganzen Zielsetzung nach ein Konjunkturstabilisator — und

wenn, wie wir es dem neuesten Sozialbudget der Bundesregierung entnehmen, nahezu ein Drittel des Bruttosozialprodukts für Sozialleistungen im weiteren Wortsinn verwandt wird, ist sie ein Konjunkturstabilisator großen Gewichts; sie ist wesentlich mit verantwortlich dafür, daß — wie wir es heute wieder in allen Zeitungen lesen — der „Konsum eine Hauptstütze der Konjunktur“ ist, jedenfalls in konjunkturellen Schwächezeiten. Ist doch immer, wie das auch im einzelnen konstruiert ist, die Sozialleistung auf einen hohen Grad von Kontinuität eingestellt — schon der Ausdruck soziale Sicherheit bringt dieses Kontinuitätsbedürfnis zum Ausdruck; d. h. aber zugleich möglichst geringe Schwankungen auf der Ausgabenseite; und wenn die Einnahmen mit der Konjunktur schwanken, heißt das (langfristiger Ausgleich vorausgesetzt), daß in der Rezession oder Depression Defizite entstehen (die Nachfrage gestützt wird), im Hochschwung dagegen Überschüsse gegeben sein sollten (der Nachfrageanstieg gedämpft wird). Kommt noch ein time-lag hinzu wie bei unseren Renten — sie werden prinzipiell jährlich angepaßt, aber nicht mit dem Satz des laufenden Einkommensanstiegs, sondern eines vergangenen, also in der Depression mit vergangenen hohen Entgeltsteigerungsraten und der Tendenz nach umgekehrt in der Hochkonjunktur — kann diese Stabilisatorwirkung unter Umständen noch vervielfacht sein.

Gründe für den aktuellen Widerspruch

An sich stimmen damit ein Teil der sozialpolitischen Zielsetzung, nämlich soweit sie auf die Kontinuität oder gar Schwankungsgegenläufigkeit der Leistungen gerichtet ist, und die Konjunkturpolitik mit ihrem Ziel der Schwankungsminderung überein, oder sie könnten es wenigstens tun und haben es in der Bundesrepublik zumeist getan. Aber auch dieser Grundsatz gilt, wie alle solche Grundsätze, nicht bedingungslos. Jeder Konjunkturzyklus ist anders als der vorangegangene, das Verhalten der Menschen und der Instrumenten-

Prof. Dr. Helmut Meinhold, 61, ist Ordinarius für Wirtschaftliche Staatswissenschaften und Direktor des Seminars für Wirtschafts- und Sozialpolitik der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M.

einsatz der Konjunkturpolitik, Zielsetzung und Reichweite der Sozialpolitik ändern sich. Und so scheint es fast, wenn man der öffentlichen Diskussion der letzten Zeit folgt, als ob es in der gegenwärtigen Konjunkturlage anders ist; diese Übereinstimmung von Sozial- und Konjunkturpolitik scheint nicht gegeben zu sein; sowohl die Liquiditäts- als auch die Vermögensentwicklung der Sozialversicherungsträger macht uns Sorgen, und zwar auch konjunkturpolitische Sorgen.

Konjunkturelle Überspitzung der Probleme

Der erste Grund für diesen Widerspruch kann vor allem darin liegen, und er liegt im konkreten Fall der Bundesrepublik im Jahre 1976 zu einem erheblichen Teil darin, daß sich mittel- und langfristige Probleme konjunkturell überspitzt darstellen und damit gerade in einem Augenblick zur Lösung drängen, in dem es konjunkturpolitisch nicht eben günstig ist. Das ist vor allem dann gegeben, wenn die Finanzlage wie die des Bundesfiskus, so hier der sozialpolitischen Parafisci, mittel- und langfristig nicht ohne weiteres „konsolidiert“ ist, also im Falle der Parafisci nicht ohne gleichzeitige Nebenbedingungen ausgeglichen ist. Nur wenn dieser Ausgleich längerfristig gegeben wäre, würden sich ja die konjunkturpolitisch willkommenen Defizite in der Rezession und Überschüsse im Aufschwung ablösen. Ist dagegen unter gewissen Bedingungen schon längerfristig eine Gefahr des Defizits gegeben, so kann dieses in der Rezession so groß werden, daß man sich Sorgen über den späteren Ausgleich machen und dann gerade auch schon während der Rezession Maßnahmen zur Dämpfung der Defizite ergreifen muß, die an sich konjunkturell jetzt nicht in die Landschaft passen.

Begrenztes Ausmaß erwünschter Defizite

Zweitens kann, damit zusammenhängend, die Art der Nachfrage, die mit solchen Defiziten finanziert wird, in der Größenordnung „zu viel“ werden. Im wesentlichen handelt es sich ja um Konsumnachfrage, die mit solchen Defiziten der sozialen Leistungsträger finanziert wird.

Nun wollen wir hier zwar das häufige Gerede gegen konsumtive Defizite nicht wiederholen. Wenn es in der Rezession gelingt, die Nachfrage zu steigern, damit das Sozialprodukt zu erhöhen, damit die spätere Möglichkeit zu verbessern, die Verschuldung wieder zu reduzieren, ist auch konsumtive Mehrnachfrage erwünscht; und wenn es zunächst nicht recht gelingt, die Investitionsbereitschaft wieder in Gang zu bringen, so ist (neben öffentlichen Investitionen) die Konsumnachfrage eben als Stütze der Konjunktur sehr erwünscht – und wenn sie defizitär finanziert wird, ist das wesentlich besser, als wenn die Defizite sich durch

weitere konjunkturelle Verschlechterung von selbst erhöhen.

Wenn aber die Möglichkeit von Defiziten aus den erwähnten langfristigen Konsolidierungsgründen beschränkt ist und die Wahl besteht, diese insgesamt beschränkten Defizite zur Finanzierung öffentlicher und Anregung privater Investitionen einzusetzen oder konsumtiv zu verwenden, spricht konjunkturpolitisch manches für das erstere: die konjunkturellen Impulse – man spricht heute viel von „Eigendynamik“ des Aufschwungs –, die von der Steigerung der Investitionen ausgehen, pflegen beobachtungsgemäß sehr viel kräftiger zu sein, als das bei Steigerung des Konsums der Fall zu sein pflegt; das ist schon gegeben, weil die Konsumgüternachfrage sehr viel breiter streut, infolgedessen stärker zunächst aus Lägern und dann aus besserer Auslastung des überall vorhandenen Produktions- und Beschäftigungspotentials befriedigt werden kann als Investitionsgüternachfrage, die mehr punktuell ansetzt; ferner pflegt verstärkte Investition (und übrigens auch Exportnachfrage) auch psychologisch die Erwartungen, von denen für die Investitionen insgesamt so viel abhängt, stärker anzuregen als Konsumgüternachfrage. So kann es hier, eben bei aus langfristigen Gründen begrenztem Ausmaß der erwünschten Defizite, zu Konflikten zwischen Sozial- und Konjunkturpolitik kommen.

Inflation und strukturelle Defizite

Der dritte, sich wieder mit diesen beiden überschneidende Grund für die aktuellen Probleme liegt darin, daß eben diese erwähnten Nebenbedingungen für den finanziellen Ausgleich sich zur Zeit zu wandeln scheinen oder jedenfalls gewandelt werden sollten. Im letzten Boom hat, um es mit einem üblich gewordenen Ausdruck zu bezeichnen, „die Inflation die Kassen gefüllt“, und damit wurde das soeben genannte längerfristige Problem struktureller Defizitgefahren teils direkt kompensiert, teils erschien es als harmloser.

Bei den Rentenversicherungen war es direkt. Die jährlichen Lohnsteigerungsraten wuchsen, zu einem erheblichen Teil durch die Preissteigerungsraten bedingt, damit wuchsen die Einnahmen zeitlich gleichlaufend, während die Renten und mit ihnen teilweise die Ausgaben infolge der zeitlich zurückliegenden Bemessungsgrundlage erst später nachzogen.

Bei den Krankenkassen gibt es einen solchen time-lag zwar nicht, aber die mit dem großenteils strukturellen Kostenanstieg notwendigen Beitragserhöhungen erschienen harmloser, als sie es in einer Zeit größerer Preisniveaustabilität getan hätten; bei stark, wenn auch zum Teil nur nominal steigenden Einkommen schien der Anstieg der

Beitragssätze als nicht so bedenklich, und für die Masse der unselbständig Beschäftigten konnte er überwältzt werden.

Dies nun soll sich, wenn es nach dem Willen sowohl der Konjunktur- wie der meisten Verteilungspolitiker geht, nicht wiederholen, es wird ein möglichst inflationsfreier Aufschwung angestrebt, von den Konjunkturpolitikern vor allem, weil ein inflatorischer Aufschwung immer den Keim des nächsten Abschwungs schon in sich trägt (und eben überdies die strukturellen Probleme überdeckt), von den Verteilungspolitikern, weil die Inflation Verteilungsprobleme nicht löst, sondern nur in oft unberechenbarer Weise verschiebt, und das zu Lasten des Reaktionsschwächeren, z. B. eben des Rentners, dessen Renten hinter den allgemeinen Einkommenssteigerungen herhinken, der aber voll von der Preissteigerung getroffen wird. Gelänge aber ein solches inflationssschwaches oder gar inflationsfreies Wachstum, so würden auch die Lohnsteigerungsraten nicht mehr die Kompensation für die Preissteigerung enthalten. Mit der geschilderten Überdeckung oder Verlagerung der strukturellen Defizite wäre es vorbei; die längerfristig begründeten Defizite müßten rational überwunden werden, weil sie nicht mehr inflatorisch kaschiert werden sollen. Und mit solcher rationalen Überwindung kann man nicht beliebig warten, zumal wenn wie jetzt vorauszusehen ist, daß der inflationsfreie Aufschwung nicht zugleich ein schneller Aufschwung sein wird.

Finanzierungsprobleme

Der vierte Grund, wiederum mit den drei anderen sich verbindend, ist, daß wir seit der letzten größeren Rezession dazugelernt haben oder, sagen wir es vorsichtiger, manches schon damals vorgebrachte Argument heute stärker beachten. Wir haben bei der eingangs geschilderten grundsätzlichen Übereinstimmung von Sozial- (bzw. auch Fiskal-) und Konjunkturpolitik einige Haken gefunden, wenn sie quantitativ übertrieben wird. Nicht, daß die Konjunkturpolitik bzw. die Einstellung zu ihr sich so grundlegend geändert hätte, wie manche es heute wahrhaben wollen. Aber zumal die automatischen Defizite in der Rezessionszeit sehen wir nur unter ganz bestimmten Bedingungen noch als so unbedingt positiv an, wie es früher wohl oft geschah.

Schon in der letzten größeren Rezession wurde davor gewarnt, die Defizite so zu finanzieren, daß damit der Zins mehr als unerlässlich steigt — z. B. durch Verkauf von Wertpapieren mit renditesteigernder Wirkung; steigt der Zins, dann steht ja der Nachfrageausweitung durch die Defizite eine Verringerung der Nachfrage nach solchen Investitionsgütern gegenüber, deren Einsatz für In-

vestitionen gerade durch niedrige Zinsen angeregt werden soll.

Noch wichtiger erschien in geldpolitischem Zusammenhang die Problematik der Wirkung auf die Bankenliquidität: Wird durch die Art der Finanzierung solcher Defizite Überschußliquidität bei den Geschäftsbanken geschaffen oder ist gar das Defizit nur so zu finanzieren, daß später — also im Zweifel während des schon fortschreitenden Aufschwungs — Refinanzierungsansprüche an Fiskus oder Zentralbank herantreten, so ist die Chance, zwar den Aufschwung, aber nicht wieder eine neue Inflationswelle zu finanzieren, mindestens sehr stark erschwert. Heute könnten wir sagen: Die Erfüllung der Aufgabe, die sich die Zentralbank gestellt hat, indem sie die Zentralbankgeldmenge wohl aber auch nur in bestimmtem Ausmaß steigen lassen will, würde in ihrer Begrenzung nach oben erschwert.

Alle diese vier Gründe spielen nun bei den Sozialversicherungen in der Gegenwart eine gewichtige Rolle. Damit nicht Mißverständnisse erweckt werden: die grundsätzliche Übereinstimmung von Konjunktur- und Sozialpolitik ist nach wie vor gegeben. Aber auch sie ist eine Frage des Ausmaßes, und da dieses Ausmaß der Defizite bei den Versicherungsträgern wesentlicher und zugleich längerfristiger ist als etwa vor zehn Jahren bei der damaligen Rezession, macht es uns jetzt Sorgen. Diese Problematik soll für die drei wichtigsten Zweige der Sozialversicherung kurz konkretisiert werden.

Konjunkturpolitische Problematik der Krankenversicherung

Die gesetzlichen Krankenversicherungen liegen insofern scheinbar etwas außerhalb des bisher skizzierten Rahmens, als bei ihnen Defizite — und dem Prinzip nach auch Überschüsse — größeren Ausmaßes nicht, allenfalls nur ganz kurzfristig auftreten. Infolge des — insofern ähnlich wie bei der Unfallversicherung — nahezu vollständigen Umlageverfahrens müssen bei voraussehbarem und, jedenfalls kurzfristig, unvermeidbarem Ausgabenanstieg über die Einkommensentwicklung hinaus die Beitragssätze erhöht werden.

Das bedeutet nun freilich nicht, daß die Krankenkassen (und die Unfallversicherung) konjunkturell neutral wirkten, weil sie zwar in höherem Maße durch Beiträge Einkommen und damit Nachfrage abschöpfen, mit im Prinzip gleich hohen Ausgaben aber Nachfrage entfalten. Zunächst sind eine Reihe von Faktoren zu berücksichtigen, die teilweise einander entgegengesetzt wirken. So kann man damit rechnen, daß die höheren Beiträge z. T. bei den Beitragszahlern nicht zu verminderter

Norbert Horn

Monetäre Probleme im internationalen Handel und Kapitalverkehr

Rechtliche und wirtschaftliche Risikokontrollen

Die Erosion des Währungssystems von Bretton Woods stellt die am internationalen Handel und Kapitalverkehr beteiligten Wirtschaftssubjekte vor zahlreiche Probleme, deren Bewältigung die Zusammenarbeit von Juristen und Wirtschaftlern erfordert. Der vorliegende Band enthält die Arbeitsergebnisse eines internationalen und interdisziplinären Symposiums, das vom 12.–14. Juni 1975 am Zentrum für interdisziplinäre Forschung der Universität Bielefeld in Verbindung mit dem Institute for International and Foreign Trade Law, Washington, D. C., stattfand. Die Verfasser der Beiträge sind Wirtschaftler und Juristen aus Europa und den USA, die sich als Wissenschaftler an Universitäten oder als Praktiker in Unternehmen, Banken und internationalen Institutionen mit monetären Problemen im internationalen Wirtschaftsverkehr befassen und dazu Problemanalysen und Erfahrungsberichte vorlegen.

In der Sache stehen Probleme der Wechselkurse, also des externen Geldwertes, im Vordergrund. Dahinter stehen nicht völlig ablösbare Fragen der Binnenkaufkraft und der allgemeinen Inflationsentwicklung. Hinzu treten Probleme besonderer Preis- und Kostenentwicklungen – im internationalen Bereich vor allem der Rohölpreise – mit ihren politischen Implikationen. Diese sind zwar nicht rein monetärer Art, stehen aber mit monetären Problemen teils in Zusammenhang, teils sind sie ihnen in der Struktur ähnlich. Schließlich geht es auch um die rechtlichen und administrativen Rahmenbedingungen internationaler Zahlungen und Kapitalübertragungen und die hier implizierten Transferisiken. – Diese Probleme werden hier primär aus der Sicht der unmittelbaren Teilnehmer am internationalen Handel und Kapitalverkehr betrachtet, also der Exporteure und Importeure, der Banken, Kreditnehmer, Investoren und multinationalen Unternehmen, die in der täglichen Praxis die monetären Risiken erkennen und unter Kontrolle bringen müssen. Von hier aus werden auch die übergreifenden währungspolitischen und rechtlichen Zusammenhänge einbezogen, und damit die Staaten und internationalen Institutionen als Entscheidungsträger des internationalen Wirtschaftsverkehrs.

In den Arbeiten dieses Bandes geht es nicht um die Vermehrung der Zahl der Reformvorschläge zum Weltwirtschaftssystem, sondern die Analyse der rechtlichen und währungspolitischen Rahmenbedingungen, die zum Verständnis der monetären Risiken im internationalen Wirtschaftsverkehr und ihre Kontrollierbarkeit erforderlich ist. Die Problemanalysen entsprechen in allen hier relevanten Punkten den Ergebnissen der Beschlüsse von Kingston/Jamaika vom Januar 1976 zur Teilreform des Weltwährungssystems.

Neuerscheinung

1976, 309 Seiten, 15,3 x 22,7 cm, Salesta kart., 79,- DM
ISBN 3 7890 0181 3

Nomos Verlagsgesellschaft
Postfach 610 · 7570 Baden-Baden



Nachfrage, sondern zu vermindertem Sparen führen, während die Ausgaben der Krankenversicherungen größtenteils direkt Nachfrage sind; insofern wäre, wenn im Rezessionsfall, zumal wegen Einnahmenminderung aufgrund schrumpfender Einkommenssumme der Beitragszahler, höhere Beitragssätze genommen werden müßten, sogar eine Nachfrigestützung zu erwarten. Entgegengesetzt, jedenfalls diesen Effekt vermindern, könnte die Tatsache wirken, daß – insbesondere aus Sorge um den Arbeitsplatz – die Inanspruchnahme der Krankenkassen vermindert wird, ohne daß die Beitragssätze sofort gesenkt würden.

Wichtig ist aber vor allem: Wenn in Rezessionszeiten die Einnahmen wegen der Einkommensminderung direkt sinken oder wenigstens weniger steigen als Preise und damit auch Kosten; wenn zweitens die Ausgaben aus strukturellen Gründen, die hier im einzelnen nicht aufgeführt werden können, über die Preisniveausteigerung hinaus weit ansteigen und diesem Anstieg nur teilweise kurzfristig entgegengewirkt werden kann; wenn daher die Beitragssätze auch in Rezessionszeiten erhöht werden müssen, dann wirkt das im Gesamteffekt konjunkturell negativ, d. h. rezessionsverschärfend. Man muß in der heute gegebenen Situation damit rechnen, daß allenfalls die als Arbeitnehmerbeiträge gekennzeichneten Beitragsanteile von den Arbeitnehmern hingenommen, also nicht in Form von Lohnsteigerungen „überwältigt“ werden. Die Arbeitgeberbeitragssteigerung auf die Arbeitnehmerseite zurückzuwälzen (in Form niedrigerer Löhne) wird im allgemeinen nicht möglich sein, und es wird genauso wenig gelingen, sie jedenfalls in vollem Umfang auf die Preise vorzuwälzen. Trifft das zu, dann wirkt die Beitragserhöhung gleich Kostenerhöhung negativ auf die Unternehmungsgewinne, damit wahrscheinlich auf die Investitionsbereitschaft und jedenfalls auf die Selbstfinanzierungsmöglichkeit von Investitionen, und es verstärkt sich die Gefahr der gefürchteten Situation, daß zwar der Konsum (hier durch die Ausgaben der Krankenversicherungen) „Stütze der Konjunktur“ ist, daß aber der Impuls zur endgültigen Lösung aus der Rezession, die „Eigendynamik“ durch Belebung auch der Investitionen ausbleibt oder jedenfalls nicht ausreichend ist, daß also die Konjunktur auf zu niedrigem Beschäftigungsniveau „gestützt“ wird. Soweit der Ausgabenanstieg unvermeidbar ist und damit die Steigerung der Beitragssätze, wird also die Politik eines nichtinflationistischen Aufschwunges bis zur Vollbeschäftigung erschwert.

Die Problematik bei der Arbeitslosenversicherung . . .

Bei der Arbeitslosenversicherung ist bekanntlich zum Teil das gleiche geschehen (Beitragserhö-

hung), zum Teil sehen wir hier die schon angeführten Probleme direkt. Infolge der unmittelbaren Konjunkturabhängigkeit vor allem auch der Ausgaben sind Defizite in der Rezession ja faktisch unvermeidbar — Defizite, die wir so lange unbedenklich als Konjunkturstütze ansehen und daher begrüßen können, wie sie in einen insgesamt unbedenklichen Defizitrahmen hineinpassen und wenn zu erwarten ist, daß sie sich bei späterem inflationsfreiem Aufschwung wieder umkehren. Sie werden aber bedenklich, wenn u. a. durch dieses Defizit das Gesamtdefizit der öffentlichen Haushalte langfristig „zu hoch“ wird, d. h. vor allem zu einer Liquiditätsanreicherung, bei den Geschäftsbanken führt, die einen nichtinflationistischen Aufschwung in der kommenden Zeit gefährdet. Diese Liquiditätsanreicherung ist dabei kaum zu vermeiden — würde die Bundesanstalt für Arbeit, wie es eigentlich der Idee des automatischen Konjunkturstabilisators am besten entspräche, in Hochkonjunkturzeiten Geld bei der Zentralbank ansammeln und dieses im Defizitfalle wieder ausgeben, würde durch diese Ausgabe direkt Zentralbankgeld über die Arbeitslosen und die Konsumgüterverkäufer in die Geschäftsbanken strömen; würde der Bund das Defizit der Arbeitslosenversicherung decken (wie er es tatsächlich tut), und kann er das Gesamtdefizit, das er damit erhöht, nicht langfristig finanzieren, ohne damit den Zins unerwünscht in die Höhe zu treiben, träte das Problem bei Fälligkeit der kurzfristigen Finanzierungstitel ein.

Man kann sich auch unter den gegebenen Umständen nicht damit beruhigen, daß die bis dahin ja wieder bessere Beschäftigung und mit ihr ein Überschuß durch die Arbeitslosenversicherung gegeben sein wird. Da auch die Überwindung der Arbeitslosigkeit, wie man allgemein annimmt, kein nur kurzfristiges Problem sein dürfte, kann man mit solchen Überschüssen vorerst kaum rechnen. Damit entsteht das Problem, daß die geld- und budgetpolitische Marge für die konjunkturell zweckmäßigen und langfristig unbedenklichen Defizite zu einem Teil für konsumtive Zwecke verwandt werden muß, der größer als erwünscht ist, d. h. durch den die Gefahr besteht, daß die für den Aufschwung ebenfalls stärker wirksamen öffentlichen Investitionen stärker zurückgedrängt werden müssen, als es konjunkturpolitisch erwünscht sein kann.

... und der Rentenversicherung

Am langfristigsten angelegt ist wohl die Problematik bei den gesetzlichen Rentenversicherungen. Man kann sich durchaus darüber streiten, ob die Finanzierung der Renten bei laufender Anpassung, einem Beitragssatz wie jetzt von 18 % der versicherungspflichtigen Entgelte und Aufrechterhaltung der Dreimonatsreserve bei den Rentenversicherungsträgern gesichert ist. Bei nicht wesentlich inflatorischer Entwicklung in den nächsten Jahren ist sie es nicht, bei inflatorischer wäre sie es. Jedenfalls ist die Gefahr — besser Hoffnung —, daß es nicht der Fall ist und daher die Notwendigkeit, daß alsbald etwas geschehen sollte, groß.

Wieder kann es sich dabei zunächst, wenn wir die konjunkturell erwünschte (wie z. B. auch bei Krankenkassen) Beitragserhöhung vorerst außer Betracht lassen, um eine konjunkturelle Zwickmühle handeln: Entweder wir verlangsamen den Anstieg der Renten — z. B. durch Verzögerung der Anpassung oder Wahl einer anderen Bemessungsgrundlage —, der heute oft erweckte Eindruck, schon die jetzigen Renten seien finanziell nicht gesichert, geht weit über die gegebenen Probleme hinaus —, dann fällt der Anstieg der Konsumgüternachfrage zurück; oder wir finanzieren die Rentenversicherung defizitär, was für eine Weile angesichts der Vermögenslage der Versicherungsträger auch dann noch finanziell möglich ist, wenn die Konjunktur sehr langsam anläuft — dann haben wir das gleiche Problem wie oben erwähnt; ein größerer Teil der Defizite als konjunkturell erwünscht wird konsumtiv und damit mehr konjunkturstützend als konjunkturanregend verwandt. Konjunkturpolitisch müßten wir wohl das zweite als das größere Übel ansprechen, jedenfalls in einer Phase des sich andeutenden Aufschwunges, in der es nicht mehr so sehr auf Stützung, mehr auf Dynamik ankommt.

Aber darf gerade in einem solchen Fall die Konjunkturpolitik den Vorrang vor der Sozialpolitik haben, zumal ja, wie erwähnt, gar nicht sicher ist, daß die Defizite langfristig eintreten? Das ist eine Frage, die wir nicht so einfach lösen können, zumal einige der hier gesetzten Annahmen von manchen bestritten werden, so vor allem eben die Feststellung, daß konsumtiv verwandte Defizite weniger konjunkturanregend wirken als investiv verwandte Defizite, sowie die Feststellung, daß Defizite aus strukturellen Gründen auch in der Rezession begrenzt sein sollten. Aber so im Sinne des Gegensatzes wäre die Frage wohl falsch gestellt. Es geht auch sozial darum, daß das Problem der Arbeitslosigkeit möglichst bald und langwirkend gelöst und zugleich die Finanzierung der Sozialleistungen langfristig gesichert ist, und das verlangt von beiden Teilen Opfer: von der Konjunkturpolitik, sich der billigen Möglichkeit eines schnellen, dann aber später um so sicheren inflatorischen Aufschwungs zu enthalten, von der Sozialpolitik, die Defizite mehr als kurzfristig erwünscht zu begrenzen und Beitragserhöhungen jedenfalls in nächster Zeit entgegenzuwirken.